

Platz erhielt hierbei das grundlegende Recht auf Leben, sodann wurden die Grundrechte auf nationale Selbstbestimmung und reale Demokratie genannt, dem folgten die Rechte auf abweichende Meinungsäußerung und auf Unversehrtheit der Person. Erst an letzter Stelle rangiert die Religionsfreiheit, die im ÖRK von 1945 bis 1970, also vor dem Amtsantritt von Niilus, als das wichtigste Menschenrecht behandelt worden war. Dies zeigt, wie sehr sich der ÖRK durch die Mitarbeit der DDR-Kirchen und die Aufnahme der Russisch-Orthodoxen Kirche verändert hat. Die kirchliche Unterstützung bestimmter außenpolitischer Ziele macht neues Nachdenken über das Verhältnis von Staat und Kirche nötig. An der Menschenrechtsdiskussion wird das Dilemma deutlich, das sich für die Kirche zwischen Verweigerung und Identitätsverlust, Anpassung und Widerstand, Glaubwürdigkeit und Ausschaltung auftut. Ich danke Ihnen. (Beifall)

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Ich danke Ihnen für Ihre Ausführungen, und wir kommen nun zur Diskussion und zum Gespräch darüber mit der Möglichkeit, zu kommentieren und Fragen zu stellen. Frau Dr. Wilms.

Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU): Ich richte mich an beide Referenten mit der Frage: Die Ökologie hat in Genf immer eine große Rolle gespielt. Das haben Sie betont. Man hat immer verwiesen auf die ökologischen Schäden überall in der Welt. Warum hat man nicht verwiesen auf die ökologischen Schäden in Mittelost- und Osteuropa, Sowjetunion und alles, was dazugehört? Ist dieses Thema ausgeklammert, oder ist es bewußt vermieden worden? Können Sie dazu ein paar Anmerkungen machen?

Zweitens: Wir haben gehört, daß es ein Rassismusprogramm, Kampf gegen Neokolonialismus, gab. Man meinte damit wieder die USA oder die westliche Hemisphäre. Hat man nicht darüber diskutiert, daß die Sowjetunion die Länder in Asien, alle sie umgebenden Länder, die heute wieder selbständig sind, ebenfalls kolonialisiert hat? Ist das je thematisiert worden, oder hat das überhaupt keine Rolle gespielt, hat man das überhaupt nicht gesehen?

Dritte Frage: Wir haben schon verschiedentlich gehört, es ist auch allgemein bekannt, daß die evangelische Kirche der DDR finanziell sehr stark abhängig war von der EKD und auch von Mitteln der Bundesregierung. Ist es bei der Ökumene bekanntgewesen, daß das Leben der Kirchen in der DDR sehr stark durch die Bundesrepublik finanziert war?

Eine vierte Anmerkung: Ich fand das letzte, was Frau Schmoll zu Korb III der KSZE und zu dem Begriff Menschenrechte gesagt hat, mit das Interessanteste. Sie hat deutlich gemacht, daß sich offensichtlich die Begrifflichkeit zwischen West und Ost auseinanderentwickelt hat. Ich vermute fast, daß ein Teil des Nichtverstehens zwischen den Kirchen in der Bundesrepublik und der damaligen DDR oder – sagen wir es allgemeiner – zwischen Menschen in der alten Bundesrepublik und der DDR bis in die heutigen Tage hinein darauf beruht, daß wir zwar dasselbe Wort für einiges benutzen, aber den

Worten verschiedene Inhalte geben. Der Menschenrechtsbegriff ist einer dieser Begriffe, der – so habe ich den Verdacht – unterschiedlich unterfüttert wird: Hier – und so war es ja auch bei der KSZE gemeint – der individuelle und durchaus christliche Menschenrechtsbegriff und auf der anderen Seite zunehmend ein mehr kollektivistischer, der von der Personenwürde des Menschen nicht mehr gedeckt oder nur noch teilgedeckt wird, jedenfalls nach meinem Verständnis von Menschenwürde. Ich würde dazu gern hören, ob meine Vermutung richtig ist.

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Ich habe als nächste Frager Herrn Weisskirchen, Herrn Hilsberg, mich selbst und Herrn Hansen, dann Herrn Faulenbach. Der nächste ist also Herr Weisskirchen.

Abg. Prof. Weisskirchen (SPD): Frau Schmoll und Herr Planer-Friedrich, mich interessiert eine ähnliche Frage, wie sie Frau Wilms gestellt hat, ob Sie meinen Eindruck bestätigen können, daß die Menschenrechtsfrage natürlich eine Angelegenheit ist, die in sich selbst Spannungsverhältnisse hat. Wenn ich mir die UNO-Charta anschau, dann ist dieses innere Spannungsverhältnis angelegt zwischen den an die Personen gebundenen Menschenrechten und zugleich auch darin, daß diese an die Personen gebundenen Menschenrechte in sozialen, gesellschaftlichen Bedingungen durchgesetzt werden sollen. Da gibt es ein inneres Spannungsverhältnis, das zum Beispiel bei der Menschenrechtskonferenz in Wien dazu geführt hat, daß Vertreter der dritten Welt dieses Spannungsverhältnis versuchen aufzulösen, indem sie eher die kollektiven Begründungszusammenhänge sehen und sie weniger auf die individuellen Ansprüche zuspitzen. Inwiefern hat dieses innere Spannungsverhältnis mit dazu beigetragen, daß es immer um das changierende Problem – Sie brachten es im Schlußsatz ihrer Rede auf die Zuspitzung, Frau Schmoll – auf der einen Seite Anpassung und auf der anderen Seite Widerstand ging. Inwiefern wurde dieses innerhalb der Ökumenischen Versammlung reflektiert? Wenn ich einmal ein Detail nennen darf, würde mich, Herr Planer-Friedrich, falls Sie zu diesem Zeitpunkt in Berlin waren, folgendes interessieren: 1988 gab es beispielsweise in Westberlin eine Veranstaltung, die das Thema „Dritte Welt“ behandelt hat. Das Lelio-Basso-Tribunal hat die Industrieländer verklagt und versucht, darüber Urteile zu fällen, inwiefern die Industrieländer die Dritte Welt in die Schuldenfalle geführt hätten. Das wurde im damaligen Ost-Berlin in einer Reihe von Kirchenveranstaltungen reflektiert. Dies wurde im Zusammenhang mit der ökumenischen Versammlung debattiert, so daß eine Verknüpfung stattfand zwischen dem konziliaren Prozeß, dann dem, was in den Kirchengemeinden an der Basis geschehen war und zugleich mit einem Ereignis, das in West-Berlin stattfand. Mir schien, daß dieses Modell des ineinander vernetzten Denkens und Handelns ein ganz typisches Modell für den konziliaren Prozeß gewesen ist. Ich erinnere zum zweiten daran, daß der IKV – der Interkirchliche Friedensrat in Holland – einen ganz wesentlichen

inhaltlichen und organisatorischen Impuls gesetzt hat, der parallel zu der Entwicklung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vergleichbare Impulse gesetzt hat. Die Frage noch einmal zugespitzt: Wie haben Sie empfunden, daß dieses Spannungsverhältnis Anpassung und Widerstand nicht doch möglicherweise in eine andere Ebene mündete, nämlich in der Ebene der Adaptionsprobleme? Adaptionsprobleme nämlich, auf der einen Seite innerhalb einer Gesellschaft agieren zu müssen – die war ja vorgegeben – und auf der anderen Seite dennoch genügend Widerstandspotentiale in diesem Adaptionsprozeß zu ermutigen und zu ermuntern, die dann schließlich dazu geführt haben – vielleicht nicht als Absicht, aber dennoch als Wirkung –, daß etwa beim Zusammenbruch der Konstruktionen und der Strukturelemente der damaligen DDR nicht gerade kirchliche Verhaltensmuster, Moderatormuster übertragen wurden auf den Prozeß der Veränderung, der dann nachher 1989 im November und den Folgemonaten typisch gewesen war.

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Vielen Dank. Der nächste ist Herr Hilsberg.

Abg. Hilsberg (SPD): Frau Schmoll, ich habe folgende Frage: Sie haben relativ klar dargelegt, wie es der DDR offenbar gelungen ist, den ÖRK mit eigenen außenpolitischen Zielvorstellungen auszustatten, also eigene außenpolitische Positionen dort hineinzutragen. Da gibt es dann zwei Wirkungen an der Stelle. Die eine Wirkung ist die Innenwirkung, in die DDR hinein. Und in der Tat findet man gerade Vorstellungen über die Menschenrechte in der Art und Weise, wie Sie sie geschildert haben, den kollektiven Aspekt beispielsweise, durchaus noch in Ostdeutschland, auch in Reihen der Kirche, auch an anderen Orten. Aber die zweite Frage, die sich mir stellt: Welchen Einfluß hatte denn der ÖRK politisch nach außen? Was hat die DDR damit gewonnen, daß sie ihre Position dort hineingetragen hat, beispielsweise in der Frage der Anerkennung der DDR respektive der Eintritt in die UNO? Können Sie dazu etwas sagen?

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Vielen Dank. Der nächste bin ich selbst. Ich möchte drei Fragen stellen, die erste an Frau Schmoll. Sie sagten am Anfang, welche Akten Sie benutzt haben. Inwieweit haben Sie kirchliche Akten benutzt, um zu versuchen, in ein entsprechendes Verhältnis zu stellen, was Sie da in den staatlichen Akten gefunden haben? Haben Sie mit den handelnden Personen gesprochen? Mein Eindruck ist, daß Sie mehr einen Kampf zwischen Gut und Böse beschreiben, der dann so oder so ausgeht, und die differenzierte Wirklichkeit des Zusammenarbeitens der DDR-Kirche mit der Ökumene vielleicht nicht genau genug in den verschiedenen Schattierungen wahrnehmen. Ich denke, daß auch der Streit, den es innerhalb der DDR-Kirchen um ökumenische Fragen gegeben hat, hätte dargestellt werden müssen. Wenn man bedenkt, daß in der Kommission „Kirche und Gesellschaft“, die sich stark mit solchen Fragen, die Sie angesprochen

haben, beschäftigt hat, Heino Falcke der Vorsitzende war und Frau Lewek die Geschäftsführerin – da merkt jedenfalls der Insider, welche Welten dazwischenliegen und auch welche Bedeutung die ökumenische Arbeit jeweils für das Umgehen mit der konkreten Wirklichkeit der DDR hatte. Wichtig ist auch, wie weit die Frage der weltweiten Verantwortung, die in der Ökumene an zentralen Fragen unserer Zeit diskutiert worden ist, auf die Auseinandersetzung mit der eigenen Wirklichkeit übertragen wurde. Dies geschah wahrhaftig sehr unterschiedlich. Es gab Leute, die in der Ökumene aktiv waren, bei denen man den Eindruck einer gewissen politischen Einäugigkeit hatte. Sie sprachen in weltweiten Fragen von Menschenrechten, aber wenn es die eigene Gesellschaft betraf, nahmen sie diese Probleme nicht wahr bzw. verschwiegen sie. Es gab aber eben auch andere, die ihre Kontakte unmittelbar fruchtbar gemacht haben für die eigene Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit, in der wir lebten – in der ganzen Breite der Probleme, die im konziliaren Prozeß Thema waren.

Wenn hier gesagt wird, daß das Thema „Freiheit“ keine Rolle spielte, muß ich sagen: Das stimmt nicht. Frau Dr. Wilms, lesen Sie einmal die Texte, und Sie werden feststellen, daß die Frage nach Beteiligung und der Möglichkeit, sich hier frei zu bewegen und seine eigene Haltung ins politische Geschäft einzubringen, in diesem Prozeß wahrhaftig eine wesentliche Rolle gespielt hat, wenn auch unter dem Stichwort „Gerechtigkeit“, das heißt Partizipation und Beteiligung. Auch ein anderer Punkt, den Sie ansprachen, bedarf der Richtigstellung: Die DDR-Kirchen hätten den Ökumenischen Rat im Sinne der SED gelenkt. So jedenfalls haben Sie hier den Anschein erweckt. Das sind, jedenfalls für mich, deutlich einseitige Verzerrungen, die bei allen Problemen im einzelnen so nicht haltbar sind.

Mich würde von Herrn Dr. Planer-Friedrich interessieren, wie Sie das konkret in Genf selbst erlebt haben. Ich meine, Sie sind mit dem, was hier gesagt worden ist, konkret angefragt: Wie haben Sie es erlebt, zum einen den Einfluß in Genf durch die DDR-Kirchen, ich nannte das Stichwort „Musterknabe des ÖRK“, zum anderen aber auch: Welche Fragestellungen sind – durch Sie selbst oder durch andere – Ihrer Meinung nach durch die Ökumene in die Diskussion und Arbeit der DDR-Kirchen hineingekommen? Vielen Dank. Der nächste ist Herr Hansen.

Abg. Hansen (F.D.P.): Ich zitiere Clemens Vollnhals, den wir nachher noch hören werden, der unter anderem neulich geschrieben hat: „Ein konstruktives Verhältnis zu den Errungenschaften des bürgerlichen Liberalismus, namentlich der vorstaatlichen individuellen Grund- und Menschenrechte und dem Prinzip der Gewaltenteilung, ist in den Verlautbarungen des DDR-Kirchenbundes nicht zu finden.“ Und da schließe ich an die Frage von Herrn Hilsberg an nach der Binnen- oder Innenwirkung, wenn es um die möglicherweise unterschiedlichen Begriffe und die unterschiedliche Sprache ging, was man jeweils darunter zu verstehen hat. Wie ist denn die Innenwirkung nach Ihrem Urteil, Frau

Schmoll, gewesen zwischen den Vertretern in der Ökumene, die aus den beiden deutschen Staaten kamen und insofern, jedenfalls scheinbar, die gleiche Sprache sprachen und sich dann über die Begriffe dieser gemeinsamen Sprache miteinander auseinandersetzten, so gesehen, die deutsch-deutsche Binnenwirkung in der Ökumene? Und dann frage ich Herrn Planer-Friedrich: Wenn Sie Frau Schmoll gehört haben, wie habe ich dann Ihren Satz zu verstehen: „Ich halte es für ziemlich unwahrscheinlich, daß sich Kirchendelegierte aus der DDR wie der Ökumene für politische Ziele mißbrauchen ließen, obwohl das nie ganz auszuschließen ist“? Das schließen Sie dann noch an. Können Sie Ihren Satz für die Kirchendelegierten aus der DDR mit Blick auf das Referat von Frau Schmoll so noch aufrechterhalten, oder wird sich die salvatorische Klausel erweitern müssen?

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Der nächste ist Herr Faulenbach.

Sv. Dr. Bernd Faulenbach: Erste Frage an Herrn Planer-Friedrich. Sie haben davon gesprochen, daß die Ökumene zunehmend der Schutzmantel für die Kirche der DDR gewesen sei, den die EKD nicht mehr habe darstellen können. Vielleicht können Sie einmal näher erläutern, in welchen Hinsichten Sie diesen Schutzmantel sehen. Das ist für meine Begriffe etwas vage geblieben, worin diese Schutzfunktion bestanden hat.

Eine Frage an Frau Schmoll: Die Problematik des sogenannten realsozialistischen Menschenrechtsbegriffs ist natürlich nicht in Abrede zu stellen, aber es gab in dieser Zeit sowohl in der Bundesrepublik als auch im Westen überhaupt eine Diskussion über die Verknüpfung der Menschenrechtsfrage im engeren Sinne mit der Bürgerrechts- und der Sozialrechtsfrage. Gerade bezogen auf die dritte Welt ist natürlich die letztere Dimension auch immer diskutiert worden, so daß von daher auch auf der internationalen Ebene die Fragen vielleicht doch etwas mehr changiert haben, als das hier schien. Die ganz apodiktische Gegenüberstellung jedenfalls, wie sie manchmal vorgenommen wird, entspricht nicht dem westlichen Diskussionsstand dieser Jahre, wie mir scheint.

Die zweite Frage an Sie: Ist denn die ökumenische Politik der DDR-Kirche die Politik von einigen wenigen Einzelnen gewesen, oder ist es nicht doch so gewesen, daß sie eine stärkere Rückbindung gehabt hat? Das ist im Grunde genommen die Frage, die Herr Meckel schon gestellt hat. Bei Ihnen erschien das so, als ob das lediglich gleichsam eine Form der geheimen Diplomatie gewesen sei. Aber es handelte sich doch wohl um mehr. Auch die Kirche der DDR war stärker engagiert, als daß man jetzt einige bestimmte Punkte zu Kernfragen gleichsam des Engagements der DDR-Kirche machen könnte.

Dann eine Frage an an Frau Schmoll und Herrn Planer-Friedrich: Diese Antirassismusprogrammatik, das Antirassismus-Programm, das Engagement in der Ökumene: Welche Rückkopplung hat das aus Ihrer Sicht, bezogen auf die Gesellschaft der DDR, gehabt? Inwieweit waren damit auch bestimmte

Formen im Hinblick auf den Umgang mit Ausländern in der DDR verbunden? Das wäre ja so einer der Tests gewesen, inwieweit dieses gleichsam nur etwas abstrakt war oder doch auch eine bestimmte Funktion, bezogen auf die DDR, hatte. Denn es gab doch trotz der geringen Anzahl von Menschen anderer Länder in der DDR gewisse Spannungen. Es gab Spannungen gegenüber den Arbeitskräften aus Ostasien und ähnlichen Gruppen. Inwieweit hat die Kirche sich zu diesen Dingen geäußert? Inwieweit hatte dies gleichsam, auch bezogen auf den Umgang der Menschen in der DDR, eine Auswirkung, daß man sich im Bereich der Ökumene engagiert hat?

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Vielen Dank. Ich habe jetzt noch zwei Wortmeldungen, Frau Wisniewski und Herrn Poppe. Gibt es weitere, denn sonst würde ich die Liste schließen? Danke. Dann schließen wir die Liste. Die nächste ist Frau Wisniewski.

Abg. Frau Prof. Dr. Wisniewski (CDU/CSU): Eine Frage an beide Referenten. Es hat den Anschein, nach dem, was Sie gesagt haben, daß sich der direkte Dialog zwischen EKD und DDR-Kirche im wesentlichen oder zu einem guten Teil auf diesem internationalen Parkett abgespielt hat. Man gewinnt nun auch den Eindruck, daß so ein gewisses Übergewicht oder ein gewisser positiver Effekt für die DDR eher zu verzeichnen ist. Ist das richtig, oder ist das ein falscher Eindruck, muß der korrigiert werden? Aber wenn es heißt, daß die Kirche in der DDR sich zu einem selbstbewußten Subjekt mit eigener gesellschaftspolitischer Kompetenz entwickeln konnte und daß auch so etwas wie eine schleichende Umwandlung der individuellen Menschenrechte zu sozialistischem Menschenrechtsverständnis zu verzeichnen war, dann sind das ganz gravierende Aussagen. Die Frage ist: Ist der Eindruck richtig? War das so oder ist das jetzt nur eine Überzeichnung, die sich vom Thema her ergibt? Danke schön.

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Vielen Dank. Als letzter Herr Poppe.

Abg. Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Meine Frage richtet sich auch an beide Referenten. Sie haben von den Versuchen gesprochen, die ökumenische Menschenrechtsarbeit in außenpolitischer Hinsicht zu instrumentalisieren. Der Streit lag eigentlich nicht so sehr zwischen dem Thema der individuellen und der kollektiven Rechte als vielmehr zwischen den individuellen und kollektiven politischen Rechten einerseits und dem, was immer „soziale Rechte“ genannt wurde andererseits. Der Versuch, diese beiden Gruppen von Menschenrechten gegeneinander auszuspielen, ist auch nach Ihren Aussagen von einem Teil der ökumenischen Vertreter übernommen worden oder ihm ist mindestens nicht widersprochen worden. Nun gab es in der DDR zunehmend Gruppierungen im kirchlichen Rahmen und am Rande der Kirche, die sich in den achtziger Jahren mit Menschenrechtsfragen intensiv befaßt haben und die sich immer sehr stark dagegen gewehrt haben, diese Rechte

gegeneinander auszuspielen. Mich würde nun interessieren: Wie weit reichen Ihre Erkenntnisse, daß hier auch eine innenpolitische Instrumentalisierung stattgefunden hat, nämlich diese ökumenische Arbeit gegen die Arbeit von Menschenrechtsinitiativen in der DDR zu setzen? Ich erinnere mich, daß mehrfach der Versuch unternommen wurde, Begegnungen herbeizuführen zwischen dieser Arbeitsgruppe beim Bund der Evangelischen Kirche, wo die genannte Frau Lewek und andere dabei waren, und Menschenrechtsgruppen, die in den achtziger Jahren entstanden. Diese Begegnungen haben nie stattgefunden. Sie wurden immer nur angekündigt und dann unter ziemlich fadenscheinigen Gründen abgesagt von seiten des Bundes. Da würde mich jetzt einfach interessieren, wie weit Sie dort bei Ihren Recherchen regelrechte Instrumentalisierungsversuche oder staatliche Aufträge gefunden haben?

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Vielen Dank. Wir kommen zur Beantwortung der Fragen. Ich schlage vor, daß wir dies in umgedrehter Reihenfolge machen, so daß Frau Schmoll beginnt und dann Dr. Planer-Friedrich abschließt.

Heike Schmoll: Zunächst zu Frau Dr. Wilms: Ist das Thema „Ökologie“ bewußt vermieden worden? Damals war das Ausmaß der ökologischen Verseuchung der DDR und auch der UdSSR noch gar nicht klar, deshalb hat man über die ökologische Verseuchung im eigenen Land nicht geredet. Herr Planer-Friedrich wird das vielleicht noch korrigieren, aber mir sind keine Äußerungen über die ökologische Verseuchung im Osten bei den Akten untergekommen. Es ist nicht so, daß ich nur staatliche Akten studiert hätte. Man hat natürlich nicht darüber diskutiert, daß auch die UdSSR Länder kolonialisiert hat. Das war ein Tabuthema. Herr Jüngel hat heute morgen schon darauf hingewiesen, daß es bei ökumenischen Versammlungen usus war – das ist auch jetzt noch so, das hat man vor zwei Jahren in Prag studieren können –, daß orthodoxe Kirchenvertreter ans Mikrofon gehen und sagen: „Unser Synodos hat beschlossen, daß das soundso gemacht wird, und wenn es nicht so gemacht wird, treten wir aus.“ Es gab von Anfang an diesen massiven Druck, dem sich meistens die anderen Delegierten gebeugt haben, um diesen Auszug zu verhindern. In der Ökumene ist natürlich bekannt gewesen, daß die Kirchen in der DDR finanziell von der EKD abhängig sind, aber es hat so etwas wie eine Selbstimmunisierung gegeben. Das heißt, man redete nicht darüber, und es hat diese Selbstimmunisierung vielleicht auch in der eigenen Wahrnehmung der DDR-Kirchen gegeben. Man hat zwar irgendwie gewußt, daß man abhängig ist, aber man hat es nicht wahrhaben wollen. Es war in der Tat so, daß die ökumenischen Versammlungen für das Selbstbewußtsein dieser ostdeutschen Kirchen ungemein wichtig waren. Ich glaube, es ist keine Überschätzung der DDR-Kirchen innerhalb des ÖRK, daß sie in der Tat die viel wichtigere Rolle gespielt haben als die EKD, und zwar von ihren theologischen Aussagen her, weil man wußte: Sie leben unter

der Repression, während die EKD meistens als die korrumpierte kapitalistische Kirche erschien. Ich karikiere jetzt etwas, aber so ähnlich war das.

Sie haben noch nach der Entwicklung des Menschenrechtsbegriffs gefragt. Ich möchte nur eines sagen, auch im Blick auf Sie: Natürlich hat auch der Menschenrechtsbegriff der Dritten Welt im ÖRK eine entscheidende Rolle gespielt, als nämlich die Dritte-Welt-Kirchen aufgenommen wurden. Das war in erster Linie ein revolutionärer Menschenrechtsbegriff, also Theologie der Revolution usw. Ich führe das jetzt nicht weiter aus, aber es gab dieses Spannungsfeld der drei Begriffe im ÖRK und natürlich auch in der westlichen Diskussion. Es ist auch nicht in Abrede zu stellen, daß es auch im Westen Unterstützer des sozialistischen Menschenrechtskonzepts gab.

Herr Weisskirchen, Sie haben nach der Verknüpfung konziliarer Prozesse und Ereignisse in West-Berlin gefragt und ob es nicht Adaptionprobleme gegeben hat. Diese Anpassung und der Widerstand in der ökumenischen Bewegung haben nicht dazu geführt, daß die DDR-Kirchen zu reinen Erfüllungsgehilfen des Staates geworden wären. Ich glaube, das habe ich auch nicht gesagt. Es kommt ein bißchen darauf an, da gehe ich auch gleich auf Herrn Meckel ein, was man betrachtet. Ich habe den Kirchenbund betrachtet, und das ergibt ein völlig anderes Bild als die Betrachtung der jeweiligen Landeskirchen. Das gilt übrigens in jeder Frage. Man muß gelegentlich den Kirchenbund betrachten, weil er die zentrale Organisation war und, wie ich auch gesagt habe, die entscheidende Kommission des ÖRK im Kirchenbund, während die Ökumene in den Landeskirchen eigentlich eine geringe Rolle spielte. Es gibt im Zusammenhang mit Brüsewitz Kritik von Pfarrern daran, daß ständig die Bischöfe ins ökumenische Ausland fahren. Die Gemeindemitglieder haben gefragt: „Wie kommt das eigentlich, daß wir hier unter diesen Zuständen leben und unsere Großkopfeten nach Neu-Delhi und sonstwohin fahren?“ Es gab durchaus einen sehr großen Zwiespalt zwischen dieser zentralistisch vom Kirchenbund organisierten Ökumene und der Ansicht in den Gemeinden und den Gruppen.

Herr Hilsberg, Sie haben danach gefragt, welchen Einfluß der ÖRK politisch nach außen hatte, ob er denn etwas zu sagen hatte. Die Kontakte zwischen ÖRK und UNO waren in der Tat sehr eng. Der ÖRK ist in Genf eine der wichtigsten Organisationen und hat quasi politischen Charakter. Ich glaube, das darf man nicht unterschätzen. In letzter Zeit hat das sehr abgenommen, aber in den siebziger Jahren war er eine äußerst wichtige Organisation. Das sieht man übrigens auch daran, daß in den siebziger Jahren sowohl in der EKD als auch in der öffentlichen Wahrnehmung die ökumenischen Versammlungen eine geradezu politische Bedeutung hatten, was inzwischen nicht mehr der Fall ist. Das Interesse läßt merklich nach. Natürlich gab es auch in den DDR-Kirchen Streit über die Ökumene. Einzelne Landeskirchen konnten zum

Beispiel nichts mit dem anfangen, was die Kommission, was der Ausschuß für Kirche und Gesellschaft unter Frau Lewek gemacht hat.

Herr Meckel, zu solchen Differenzierungen reichen einfach 20 Minuten nicht, aber ich sehe die durchaus. Auch zum Beispiel dieses Zitat von Schönherr – Aufnahme in die UN usw. – das sind alles kirchliche Akten gewesen, das waren keine SED-Akten. Das heißt also, ich habe im wesentlichen kirchliche Akten benutzt. Ich habe auch mit Frau Lewek ein Gespräch geführt. Es ist aber, wie Sie wahrscheinlich wissen, äußerst schwierig, mit Zeitzeugen von damals selbstkritische Gespräche zu führen. In jedem Fall darf man nicht den Eindruck erwecken, daß die DDR-Kirchen in irgendeiner Weise gelenkt waren. Es gab einzelne Vertreter, die sich haben instrumentalisieren lassen, so wie von Brück, wie Gutsch und einige andere. Es ist eine ähnliche Konstruktion, wie sie Herr Jüngel heute morgen dargestellt hat. Es waren einzelne, die sich haben instrumentalisieren lassen. Es ist nur die Frage, welche Rolle die einzelnen auf diesen Ökumenischen Versammlungen gespielt haben. Ich glaube, daß auf den Ökumenischen Versammlungen der Einfluß dieser einzelnen größer war als bei einer Synode in der DDR. Es gibt in der FAZ einen Zeitungsbericht von Herrn Odin, wo von Brück zusammen mit Juvenali, der, wie wir inzwischen wissen, KGB-Mann ist, systematisch den Versuch einer Kritik an den Beschränkungen der Religionsfreiheit in der DDR niedergeknüpelt hat. Darüber wurde danach nicht mehr geredet. Man hat diesen Antrag auf eine kritische Äußerung abgewürgt. Natürlich gab es da auch Formen der Geheimdiplomatie, das ist ganz klar. Die Rückkopplungen auf die Gesellschaft, Herr Faulenbach, waren gering. Man hat, das ist eine Grundtendenz während dieser ganzen Zeit gewesen, wirklich lieber nach Südafrika gesehen, ich karikiere jetzt etwas, und dort die rassistischen Unterdrückungen kritisiert als im eigenen Land danach gefragt. Das heißt nicht, daß in ökumenischen Erklärungen nicht auch Dinge gesagt werden konnten, die man sonst so nicht hätte sagen können in der DDR. Die Ökumene hat gewissermaßen etwas abgesichert, was als kirchliche Erklärung in der DDR nicht durchgegangen wäre. Aber die Tendenz aus Genf war eindeutig: Wir kritisieren weit weg, aber kritisieren nichts im Osten, sondern da arrangieren wir uns eher.

Frau Wisniewski, der Anschein, daß sich der Dialog zwischen EKD und DDR-Kirche nur auf internationalem Parkett abgespielt habe, trägt, glaube ich. Wie Sie wahrscheinlich wissen, gibt es zwei Gremien, die sehr vertrauliche Gespräche auch über solche sensiblen Punkte geführt haben, das ist die Konsultationsgruppe und die Beratergruppe. Aus beiden Gruppen, die Akten sind erst seit kurzem offen, stammt auch die Kritik von Behm. Dort hat man Klartext geredet, dort hat man auch sehr kritische Dinge über die ostdeutschen Kirchen gesagt. Dort haben sich auch ostdeutsche Kirchenvertreter getraut, kritisch über die EKD zu reden. Beides hat man öffentlich vermieden, um die Lage des jeweils anderen nicht noch schwieriger zu machen.

Herr Poppe, Sie haben nach den Bürgerrechtsgruppen und dieser Menschenrechtskommission gefragt. Die ganzen Akten des Ausschusses für Kirche und Gesellschaft belegen in der Tat, daß es eine Ablehnung gegenüber den Bürgerrechtsgruppen gibt. Man versucht, mit denen möglichst wenig zu tun zu haben. Herr Falcke sitzt ja dabei, und man hat versucht, ihn aus diesem Ausschuß herauszudrängen. Andererseits gab es offenbar auch von der KKL eine gewisse Distanz diesem Ausschuß gegenüber, denn man hat sich bis zum Ende gewehrt, ihn zu einer regelrechten Kommission der KKL zu machen. Der Kommissionsstatus der Synode wurde ihm nie zugestanden.

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Vielen Dank. Herr Dr. Planer-Friedrich.

Dr. Götz Planer-Friedrich: Auf alles brauche ich jetzt nicht mehr zu antworten. Es gibt ein paar Dinge, bei denen ich etwas anderer Meinung bin als Frau Schmoll, aber im ganzen würde ich einmal mit einer methodischen Frage beginnen. Ich habe das Gefühl, bei manchen Fragen steht dahinter: Weil das jetzt nicht zur Sprache kommt, hat es das auch nicht gegeben. Das ist dieses *argumentum e silentio*. Mein alttestamentlicher Lehrer erzählte dazu das Beispiel: Weil im Deborahlied keine kleinen Kinder vorkommen, hat es zur Zeit, als das Deborahlied geschrieben worden ist, keine Kinder gegeben. Was nicht direkt gesagt ist, könnte es trotzdem gegeben haben, das wollte ich damit sagen. Warum also wurden Umweltfragen allgemein angesprochen, und warum wurde nicht dezidiert auf die osteuropäischen Länder gezeigt, weil dort die Umweltsituation besonders schlecht ist? Auf der einen Seite hat natürlich Frau Schmoll recht: Das war nicht ganz deutlich, wie schlimm es wirklich aussah. Auf der anderen Seite ging es ja in den siebziger Jahren, als Charles Birch das auf die Tagesordnung des Ökumenischen Rates setzte, überhaupt erst einmal darum, sensibel für die Frage zu machen. Es ist doch nicht so, daß damals im Westen alles in Ordnung war. Warum muß man dann unbedingt mit den östlichen Ländern anfangen? Die Frage scheint mir zu sein: Muß man gleich mit dem Finger auf ganz bestimmte Leute zeigen? Das wurde im Ökumenischen Rat der Kirchen deutlich vermieden. Das Antirassismus-Programm war eindeutig auf die Entkolonialisierung gerichtet und hat dafür gesorgt, daß diese sich etwas beschleunigen sollte. Wie stand es in der Sowjetunion? Es ist in der Tat so, Sie haben völlig recht, daß die Unterdrückung der Völker in der Sowjetunion – aber wo denn überhaupt? – nicht richtig thematisiert wurde. Sie wurde ja auch in der Politik nicht thematisiert, und man steht jetzt ziemlich erschrocken davor, welche Nationalismen wieder auftauchen.

Dann hatten Sie danach gefragt, wie die Finanzierung der DDR-Kirchen durch die EKD in Genf aufgenommen wurde. Das war natürlich bekannt, das wußte man. Aber was sollte Genf dazu sagen? Genf konnte ja nicht in die Bresche springen und sagen: „Von nun an finanzieren wir euch statt der EKD“, wo der

ÖRK ja selbst von der EKD zu 50 Prozent finanziert wurde. Was sollte man daraus für einen Schluß ziehen?

Die Menschenrechte: Da ist mir etwas verwunderlich. Es geht ja nicht um die Begrifflichkeit. Die Kommunisten haben nicht einen anderen Begriff für Menschenrechte erfunden, sondern es ging darum, welche Prioritäten man setzt. Das war die Frage. Sind die sozialen oder die individuellen Rechte an erster Stelle? Darum ging die ganze Diskussion, darüber hat man auch immer wieder gestritten. Nützt es dem Menschen etwas, wenn er verhungert, aber in Freiheit lebt und seine Meinung äußern kann, oder ist er, wenn er in Freiheit lebt, in der Lage, sich selbst zu ernähren? Darüber gingen die politischen Streitigkeiten. Das Ganze hat sich auch im Ökumenischen Rat der Kirchen niedergeschlagen.

Herr Weisskirchen, im Ökumenischen Rat ebenso wie im Lutherischen Weltbund wurde in bezug auf die Entwicklungstheorien die Dependenztheorie bevorzugt. Daran haben sich alle sowohl theoretischen also auch politischen Schritte angeschlossen, und das ist eigentlich via ökumenische Dokumente verstärkt worden. Es waren, das ist für mich wichtig, nicht etwa nur die „Ossis“ in Genf, die ständig vom Sozialismus geredet haben, es war eher umgedreht. Ich war manchmal geradezu erschrocken, wieviel andere Stabsmitglieder aus der Dritten Welt oder sogar aus den USA mit Sozialismustheorien, mit Dependenztheorien kamen, mit denen wir uns auseinandersetzen mußten. Es war also nicht die Übertragung kirchlicher Modelle auf politische, sondern es haben da natürlich auch politische Optionen eine Rolle gespielt.

Herr Meckel, Sie haben gefragt, wie stark nun wirklich der Einfluß war, wenn man es aus der Nähe betrachtet? Da kann ich eigentlich nur aus eigener Erfahrung reden und dazu ein Beispiel erzählen. Ich mußte immer wieder in das Staatssekretariat für Kirchenfragen, solange ich in Genf mit einem DDR-Paß lebte, um mir dort mein Visum erneuern zu lassen. Das machte ich immer mit jemandem aus dem Kirchenbund. Bei einer solchen Gelegenheit, 1987 war es, holte der Vertreter des Staatssekretariats Kopien meiner Arbeiten aus Genf aus dem Schreibtisch, legte sie mir auf den Tisch und sagte: „Was haben Sie denn da geschrieben, wie kommen Sie dazu, so etwas zu schreiben?“ Da habe ich gesagt: „Ich verbitte mir das. Sie sind nicht mein Arbeitgeber. Solange der Lutherische Weltbund oder sein Generalsekretär nichts dagegen hat, daß ich dies schreibe, werde ich das tun.“ Damit war die Sache erledigt. Wir haben nie wieder darüber geredet. Er hat mich nie wieder nach so etwas gefragt. Es hat natürlich eine andere Wirkung gehabt. Als ich 1988 in den „Evangelischen Kommentaren“ geschrieben habe, man sollte endlich den Begriff „Kirche im Sozialismus“ einziehen, da hat Herr Leich hinterher ein Gespräch mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen über diese Frage führen müssen, dann wurde nicht mehr mit mir geredet. Sie sehen an diesem Beispiel,

wie kompliziert es war, sich diese Freiheit zu erlauben. Es wurden dann immer wieder andere dafür verantwortlich gemacht.

Da komme ich auf die andere Frage von Herrn Hansen, wie das eigentlich mit den Vertretern des Kirchenbundes war, inwieweit sie beeinflussbar waren, wenn man hört, was Frau Schmoll aus den Akten liest. Da muß ich sagen: Das Beispiel Gutsch, das sie erwähnt, ist ein besonders bezeichnendes. Für mich war Gutsch immer ein „fauler Fuffziger“, ohne daß ich irgendeine Stasiakte gesehen habe. Es war einer jener Typen, die bei irgendwelchen ökumenischen Ereignissen auftauchten, ohne eingeladen zu sein. Was soll da der Kirchenbund denn machen? Wie soll er sich dagegen wehren? Es war immer nur möglich, die ökumenischen Gremien darauf aufmerksam zu machen: Da kommt jemand, den wollen wir gar nicht da haben, der hat an sich auch nicht in unserem Namen zu sprechen. Aber mir ist es selbst in den USA begegnet, daß mir jemand erzählt: „Ja, wir haben doch da jemanden aus der DDR hier gehabt, der hat hier ein Jahr gearbeitet.“ Und dann fragte ich, wer das war, denn das war natürlich niemand vom DDR-Kirchenbund, sondern das war ein Mensch, der aus eigener Initiative mit Beziehungen zum Staat für Jahre in den USA gelebt und dort erzählt hat, was die Kirchen in der DDR tun, wie sie denken, was sie sollen. Das hat eine ziemlich breite Wirkung gehabt. Das ist aber nicht von den Kirchen ausgegangen, und das, finde ich, muß man daher sehr vorsichtig beurteilen.

Ich gehe noch ein auf die Frage von Herrn Faulenbach in bezug auf die Rückkopplung des Antirassismus-Programms in die eigene Gesellschaft. Es hat jahrelang die Debatten gegeben – ich habe in dieser kleinen Arbeitsgruppe gegessen –, wie man daraus Erkenntnisse für die eigene Situation ziehen könnte. Da müssen Sie aber folgendes beachten: Die DDR hatte eine Strategie, mit der sie das Ausländer- oder das Rassismusproblem zu lösen versucht hatte: Sie stellte eine Art Apartheid her. Die Ausländer lebten in Ghettos, wurden von allen anderen isoliert, und wo sie zusammentrafen, krachte es jedesmal. Man hatte selbst die Kinderheime der namibianischen Kinder fast wie ein Gefängnis eingerichtet. Niemand konnte hinein ohne Passierschein. Deshalb war es eine Strategie des Kirchenbundes, diese Ghettoisierung wenigstens aufzuheben. Wir hatten größte Mühe, überhaupt mit diesen ausländischen Menschen ins Gespräch zu kommen. Das war also eine Wirkung des Antirassismus-Programms in die Gesellschaft hinein, daß die Kirche immer intensiver den Kontakt zu diesen ausländischen Menschen suchte und es dann allmählich auch schaffte, sie mit ins Gespräch zu ziehen. Sie sehen den Erfolg an dem, was wir jetzt haben, daß es also nichts Besonderes bewirkt hat. Das ist sehr bedauerlich, aber die Versuche sind in der Tat dagewesen. Aus dem, was ich bisher gesagt habe, Frau Wisniewski, sehen Sie, daß ich der Meinung bin, daß der Einfluß, den der Geheimdienst oder die DDR-Regierung auf die ökumenische Arbeit genommen hat, meiner Ansicht

nach tatsächlich überschätzt wird. Ich bin nicht der Meinung, daß er so groß war. Es gab, und das habe ich in meinem Beitrag versucht darzustellen, aber Übereinstimmungen. Es war nicht so, daß man erst mit der Knute gedrückt werden mußte, um eine bestimmte Meinung zu vertreten, sondern es bildeten sich gemeinsame Meinungen heraus. In bezug auf die Menschenrechte würde ich noch einmal sagen, war es einfach so, daß man immer wieder versuchte, bei den staatlichen Stellen auch Anknüpfungspunkte zu finden, und der Anknüpfungspunkt war die soziale Lage der Menschen, darauf bildete sich die Regierung enorm viel ein, daß sie die soziale Sicherheit schaffte. Also knüpfte man bei den Menschenrechten da an und sagte: „Wenn ihr aber die soziale Sicherheit schafft, dann müßt ihr doch auch individuelle Menschenrechte dazu gelten lassen können.“ Es war also nicht so, daß sich die DDR-Kirchen dem einfach angeschlossen hätten, sondern sie haben das als ein Vehikel benutzt, als eine Möglichkeit, die völlig verkrampfte Gesprächslage über die Menschenrechte überhaupt in diesem damaligen Staat aufzubrechen. Natürlich, Herr Poppe, ist Instrumentalisierung auf allen Seiten immer wieder passiert. Ich weiß, daß es in den Debatten um den Einsatz der Menschenrechte, um bestimmte Fragen im Kalten Krieg darum ging: Sollen wir sie wirklich instrumentalisieren lassen und dem einen vorwerfen, Sie machen das falsch, und dem anderen, Sie machen das falsch? Diese Art von Instrumentalisierung ist passiert, obwohl man sie immer vermeiden wollte.

Dann noch etwas zu dem, was Sie zu Recht sagen: Die offizielle Kirche war im wesentlichen im ÖRK und im Lutherischen Weltbund vertreten. Es waren immer die offiziellen Vertreter. Die Gruppen, die eigene Initiativen entwickelten, kamen dort fast gar nicht zur Geltung. Das hat sich aber gegen Ende der achtziger Jahre geändert. Ich kann es nur mit Hilfe eines Beispiels erzählen. Ich mußte selbst mit dem Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes eine Besuchsreise durch die Mitgliedskirchen in der damaligen DDR machen, das war 1987. Da hat er sich ausdrücklich ausbedungen, er wolle eine dieser Gruppen kennenlernen. Wir sind im tiefen Thüringer Wald in einer Umweltgruppe gewesen. Er hat bewußt mit der Kirchenleitung in Thüringen durchgesetzt, daß er mit diesen Leuten ins Gespräch kommt und nicht nur auf offizieller Ebene mitredet. Aber das ist natürlich immer mühsamer, denn im Ökumenischen Rat wie im Lutherischen Weltbund sind die Kirchen Mitglied und nicht einzelne Personen. Diese Kirchen können natürlich nach ihren eigenen Maßstäben auch die Leute dort als Vertretung hinschicken, die sie haben wollen.

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Ganz herzlichen Dank möchte ich denen sagen, die hier referiert haben. (Beifall)

Es ist klar, daß dieser Nachmittag nur eine Problemannonce sein konnte für das, was uns künftig in der Auseinandersetzung und Aufarbeitung mit diesen Fragen nicht nur in der Kommission beschäftigen wird, sondern auch in den

Kirchen selbst wird Thema werden müssen. Ich möchte aber zum Schluß noch einen Gesichtspunkt nennen: Man muß natürlich die Rolle der DDR-Kirchen im Ökumenischen Rat und die Rückwirkung ökumenischer Arbeit für die Arbeit der Kirchen selbst in ein Verhältnis setzen zu dem, wie es in anderen sich sozialistisch nennenden Ländern damals war. Ich erinnere mich sehr gut, wie man seit den sechziger Jahren den DDR-Kirchen versucht hatte zu suggerieren, daß es doch sehr viel besser wäre, die Pfarrer würden vom Staat bezahlt und die gesamte Kirchenstruktur wäre ähnlich wie in Ungarn, weil dort die Einflußnahme des Staates auf die Kirchen viel unmittelbarer geschah. Deswegen erscheint auch bei unseren östlichen Nachbarn der Begriff „Ökumene“ heute sehr viel stärker diskreditiert, weil die Instrumentalisierung der ökumenischen Kontakte und Zusammenarbeit sehr viel stärker wirksam werden konnte, als dies bei uns der Fall war. Bei allen Fragen, die ganz gewiß im einzelnen auch bei uns zu stellen sind, auch hier noch einmal zum Schluß: Das, was dann wirklich im Vorfeld des Herbstes 1989 durch die Ökumenische Versammlung aller Kirchen – das waren ja nicht Einzelkämpfer, sondern das waren die Kirchen, die sich hier zusammengeschlossen haben – gesagt worden ist, hat alles, was früher von ihnen zu den gesellschaftlichen Fragen gesagt worden ist, in den Schatten gestellt. Man kann schon von einer Vorbereitung dessen reden, was dann wenige Monate später im Herbst 1989 geschehen ist. Herzlichen Dank an die Vortragenden und die Fragenden. Wir gehen weiter in der Tagesordnung.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich bitte unseren Kollegen Karl Wilhelm Fricke, die Gesprächsleitung und Moderation für das Thema „Kirche und Stasi“ zu übernehmen. Bitte schön.

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! In einer Anhörung über die Haltung der evangelischen Kirchen zum Staat der SED kann selbstverständlich das spezifische Beziehungsgeflecht zwischen der Kirche und dem Ministerium für Staatssicherheit nicht fehlen. Es ist im Gegenteil Ausdruck der permanenten Konfliktsituation, in der sich die Kirche in der DDR befunden hat. Nach einem Wort von Albert Norden, das ich hier zitieren darf – es stammt vom 11. Februar 1958 –, galt die Kirche als der „letzte organisierte Feind in der DDR“. Das war die Auffassung der Ära Ulbricht, aber ich glaube, sie hat sich prinzipiell auch in der Ära Honecker nicht geändert, auch wenn Honecker eine Art geregelte Koexistenz favorisierte, den Kirchen beider Konfessionen gegenüber gewisse Freiräume beließ. Für das Ministerium für Staatssicherheit ergab sich daraus zwingend, daß die Kirchen nicht in geringerem, sondern in stärkerem Maße in den siebziger und achtziger Jahren Zielobjekt sogenannter politisch-operativer Arbeit waren. Es galt also dann gerade auch in den siebziger und achtziger Jahren, kirchliche Hierarchien und Strukturen mit inoffiziellen Mitarbeitern zu durchdringen, um einerseits innerkirchliche Entscheidungen zu beeinflussen,

andererseits die innerkirchliche Entwicklung unter Kontrolle zu halten, zumal sich unter dem Schutz der evangelischen Kirche vor allem oppositionelle Gruppen zu bilden begannen, daß eine Basis für Opposition also gegeben war, die nach Auffassung der Staatssicherheit besonders zersetzungswürdig war. Ich möchte mich nicht mit einer langen Vorrede aufhalten, sondern darf den ersten Referenten des heutigen späten Nachmittags aufrufen, Herrn Pfarrer Ehrhart Neubert. Er wird uns über die Kirchen und den Staatssicherheitsdienst etwas zu sagen haben. (Beifall)

Pfarrer Ehrhart Neubert: Sehr verehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Das Thema auf 20 Minuten zu bringen, ist schwierig, und ich will auch nur versuchen, einige Schneisen in diesen Komplex zu schlagen, muß aber einleitend bemerken, daß die Intensität, mit der die Arbeit an diesem Thema gegenwärtig vorangetrieben wird in der Publizistik, in der Forschung, sich sicherlich auch dadurch erklärt, daß in die Diskussion zahlreiche politische und kirchenpolitische Interessen mit eingetragen werden. Es wird oft bedauert, aber ich denke, man sollte es als ehemaliger DDR-Bürger endlich auch einmal begrüßen, daß wir politische Interessen haben dürfen und nicht mehr unter Konsensdruck stehen. (Beifall)

Es gibt wohl auch kaum einen Beteiligten an dieser Diskussion, der sich nicht irgendwelchen Vorwürfen ausgesetzt sieht. Einerseits wird unterstellt, Aufklärer wollten spektakuläre Enthüllungen vollbringen und sich damit profilieren, oder sie wollten gar den Kirchen schaden oder würden aus Verletztheit unangemessene Motive eintragen. Andererseits wird kritisiert, daß verharmlost wird, wichtige Daten unterschlagen werden oder belastendes Material uminterpretiert wird. Diese der Aufklärung abträgliche Situation wird aber so lange noch anhalten, solange die Beteiligten in den Kirchen zum Teil noch arbeiten, und zwar auf beiden Seiten. Das ist auch etwas, was ich positiv empfinde im Gegensatz zu der Diskussion oder zu der verdrängten Diskussion nach dem Krieg. Wir haben zum ersten Mal in Deutschland in den Kirchen unmittelbar nach dem Geschehen eine Diskussion um die Vergangenheit. Solange die Bedeutung der Kirchen als moralische Instanz in unserer Gesellschaft noch da ist und solange sie eine hervorragende verfassungsrechtliche Stellung hat, ist auch die Öffentlichkeit berechtigt, Fragen an die Kirchen zu stellen, und die Kirchen müssen sich diesen Fragen nicht nur im eigenen, sondern auch im Interesse der Gesellschaft stellen, denn es geht weit über innerkirchliche Angelegenheiten hinaus, was da passiert ist. Es ist eine Frage der politischen Kultur unseres Landes, ganz Deutschlands, was damals geschehen ist und wie wir damit fertigwerden. In methodischer Hinsicht hat sich ja auch schon seit den Anfängen der Aufklärung viel getan. Einmal hat sich gezeigt, daß wir sorgsam mit dem Aktenmaterial umgehen müssen, daß wir eine Hermeneutik entwickeln müssen mit dem MfS-Schriftgut. Ich denke, da hat sich schon vieles getan, daß man weder